

# »Das ist Augenwischerei«

## Wie Bremer Schüler gegen die Ausbildungsmarkt-Statistik kämpfen – und die Landespolitik in Bewegung bringen

Eigentlich dürfte es genug Lehrstellen geben – das legt zumindest die Statistik nahe. An der Gesamtschule Bremen-Ost gehen trotzdem viele junge Leute leer aus. Erst dachten die Schüler, es liege an ihnen.

Von Kristin Kruthaup, Bremen

Sara Scheibel und Dennis Quicker können sich an den 2. November 2016 genau erinnern. Es war ein Mittwoch. Und die Schülerin und der Schüler waren richtig sauer. Wegen ein paar Zahlen. An diesem Tag veröffentlichte die Arbeitsagentur Bremen die Ausbildungsbilanz 2016 für die Stadt. Die zwei kämpften mit ihrer Klasse seit längerem für eine andere, wie sie finden ehrlichere Statistik. Trotzdem: An der Art der Jahresbilanz hatte sich in Scheibels und Quickers Augen überhaupt nichts geändert.

In der Pressemitteilung vom 2. November wirkt die Lage am Bremer Ausbildungsmarkt gut. 4011 Lehrstellen hatten Arbeitgeber vom 1. Oktober 2015 bis zum 30. September angeboten. Dem standen 3415 Bewerber gegenüber. Kein Grund zur Klage, könnte man sagen: Für jeden Jugendlichen gab es rein rechnerisch mehr als eine Ausbildungsstelle.

»Unversorgt«, wie es im Behördendeutsch heißt, blieben nach den Zahlen 174 Bewerber. Auch nicht so viele, könnte man meinen. Scheibel und Quicker machen genau diese niedrigen Werte sauer: »Das ist Augenwischerei«, sagt die junge Frau mit den langen braunen Haaren.

Scheibel, 18 Jahre alt, und Quicker, 19, besuchen die Gesamtschule Ost in Bremen-Tenever. Die Zahlen decken sich gar nicht mit den Erfahrungen der jungen Menschen. In ihrer Klasse wollten am Ende der zehnten Klasse zwölf von 24 Mädchen und Jungen eine Ausbildung machen. An der Gesamtschule lernen Schüler unterschiedlicher Leistungsstärken zusammen. In Scheibels und Quickers Klasse strebte ein Drittel das Abi an, ein Drittel den mittleren Schulabschluss. Und ein Drittel peilte die erweiterte Berufsausbildungsreife an – also das, was viele noch als erweiterten Hauptschulabschluss kennen.

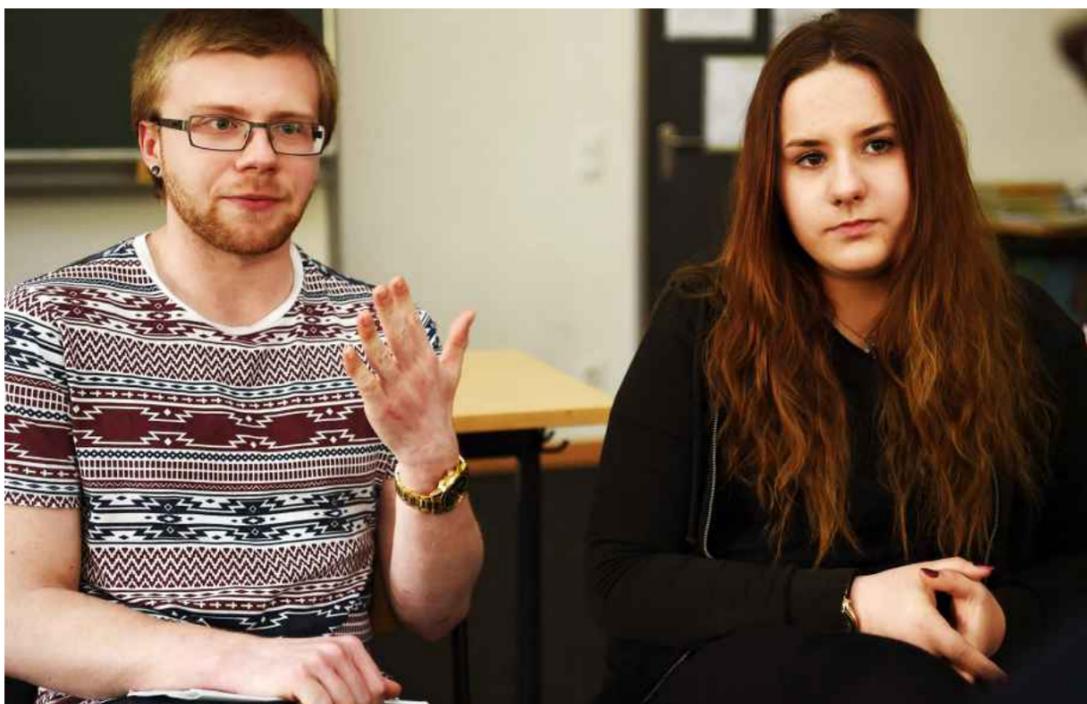
Nach Abschluss der zehnten Klasse hätten viele also ins Berufsleben starten wollen. »Am Ende hatten aber nur drei einen Ausbildungsplatz«, erzählt Scheibel. Einer lernt jetzt Elektriker, einer Einzelhandelskaufmann und eine Verwaltungsfachangestellte. Der Rest ging nach ihrer Aussage notgedrungen weiter zur Schule – oder hing zunächst in Übergangsmassnahmen fest.

Im Mai 2017 sitzen die beiden in einem Klassenraum ihrer Gesamtschule. Es ist kurz nach 13 Uhr. Für heute ist der Unterricht vorbei. Die letzten Schüler haben allerlei Müll hinterlassen. Auf den Tischen liegen gefaltete Papierschnitzchen, auf dem Boden Verpackungen von Süßigkeiten. Quicker, mit kurzen blonden Haaren und Brille, erklärt: »Wenn in Bremen nur 174 Bewerber unversorgt sind, müssten im Umkehrschluss ja 97 Prozent der Jugendlichen eine Lehrstelle haben.« So lesen er – und viele andere – auf den ersten Blick die Statistik. Scheibel, schwarze Kleidung, roter Nagellack, sagt: »Als Schüler denkt man dann: Das liegt an mir. Irgendwas muss ja nicht richtig sein, wenn ich zu den wenigen gehöre in ganz Bremen, die keine Ausbildung kriegen.«

Seit mittlerweile drei Jahren beschäftigen sich Scheibel, Quicker und andere Schüler mit dem Thema Ausbildungsmarkt-Statistik. Unterstützt werden sie von dem langjährigen Politiklehrer Hans-Wolfram Stein. Inzwischen zweifeln sie nicht mehr an sich selbst. Sie halten vielmehr die Kommunikation der Statistik für falsch. Und sie haben inzwischen zahlreiche Unterstützer.

Die Schüler glauben, dass es viel mehr Jugendliche ohne Ausbildungsplatz gibt, als es die Fokussierung auf die »unversorgten Bewerber« in der Jahresbilanz nahelegt. »Unversorgt« sind in der Statistik jene Jugendlichen, die bei der Arbeitsagentur gemeldet sind, eine Lehrstelle suchen und die zum Stichtag 30. September keinen Lehrplatz und auch nichts anderes ergattern konnten.

Es gibt daneben eine weitere Gruppe, die ebenfalls eigentlich eine Aus-



Richtig sauer: die Schüler Dennis Quicker und Sara Scheibel

Foto: dpa/Carmen Jaspersen



Nur die halbe Wahrheit: Aushängewand mit Zetteln für freie Ausbildungsstellen

Foto: dpa/Christoph Schmidt

bildung sucht, zum Stichtag aber eine Alternative gefunden hat. Das kann zum Beispiel ein Freiwilliges Soziales Jahr sein. »Diese Zahl muss man auch kommunizieren«, findet ihr Lehrer Stein. »Diese Jugendlichen wollen eine Ausbildung, finden aber nichts und weichen dann auf Alternativen aus.« In der Pressemitteilung der Agentur für Arbeit Bremen vom 2. November werden sie nicht genannt.

Die Schüler fordern deshalb, in der Kommunikation zur Ausbildungsmarkt-Statistik statt der »unversorgten Bewerber« die sogenannte Einmündungsquote zu benutzen. Sie besagt, wie viele suchende Jugendliche in eine Lehrstelle »eingemündet« sind – so die Behördensprache. Mit diesem Wert liest sich die Statistik weniger optimistisch: In Bremen haben nur rund 37 Prozent der jungen Leute, die bei der Agentur als Ausbildungsplatzsuchend gemeldet wurden, eine Lehre gefunden. Nimmt man auch jene dazu, die ohne Hilfe der Agentur eine Stelle bekamen, sind es 66,5 Prozent.

Die Jugendlichen kritisieren weiter, was als »Bewerber« zählt. Viele denken: Bewerber sind alle, die sich bei der Arbeitsagentur als Suchende angemeldet haben. So ist es aber nicht. Bevor die Behörde einen Jugendlichen als Bewerber führt, muss ein Berater ihn für ausbildungsreif erklären. Hält der Fachmann ihn nicht für fit genug, verordnet man ihm gegebenenfalls Fördermaßnahmen. Er taucht in der Statistik als Bewerber dann gar nicht mehr auf. »Diese Jugendlichen suchen aber ja auch einen Ausbildungsplatz«, sagt Stein. Sie müsse man mitzählen.

Der Lehrer Hans-Wolfram Stein ist in Bremen kein Unbekannter. Seit Jahren sorgt er dafür, dass sich Schüler aus dem Problemviertel Bremen-Tenever in die Politik einmischen. Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei den Landtagswahlen in dem kleinen norddeutschen Bundesland ging auch auf einen Impuls von Steins Schülern zurück. Sie setzten sich auch dafür ein, dass die Kriterien zur Ein-

bürgerung von Menschen mit Doppelpass in Bremen ausgeweitet wurden. Dafür bekamen Steins Schüler 2013 den Hildegard-Hamm-Brücher-Förderpreis für Demokratie lernen und erfahren. Das Thema Ausbildungsmarkt-Statistik ist das neueste Projekt.

Stein ist bereits in Pension – doch an der Schule ist er weiter aktiv. Er bietet nach wie vor Arbeitsgemeinschaften an. Er wirkt dabei nicht wie ein jung gebliebener Pensionär. Tiefe Furchen prägen sein Gesicht, die Haare sind ihm fast alle ausgegangen. Doch er ist das Gegenteil eines alten Mannes: Wenn Stein schnellen Schrittes über den Schulhof eilt oder in der Mensa mit lauter Stimme ein paar Schüler um Ruhe bittet, ist von Altersmilde wenig zu spüren. Im Gegenteil: Er ist es gewohnt, sich Respekt zu verschaffen.

»Viele meiner Schüler wachsen in Elternhäusern auf, in denen es ganz normal ist, nicht zu wählen«, sagt

Stein. Als Politiklehrer sehe er es als seine Aufgabe, die Schüler zu mündigen Bürgern einer Demokratie zu erziehen. Er will ihnen zeigen, dass jeder sich einmischen kann – und jede Stimme gleich viel Wert hat.

Viele sehen das positiv. Als das Thema Ausbildungsmarkt-Statistik unlängst in der Bremer Bürgerschaft – dem Landesparlament – verhandelt wurde, sagte die dortige SPD-Vizefraktionschefin Sybille Bösch zum Engagement von Stein und seiner Truppe: »So stellen wir uns vernünftigen und guten Politikunterricht vor.« Aber es gibt auch Kritiker. Einige warnen vor der Gefahr, dass der Lehrer den Kindern politische Positionen eintrichtere. Scheibel und Quicker sehen das anders: »Wir haben uns unsere Position selbst erarbeitet«, sagen sie.

Doch zurück zu der Frage, was an den Vorwürfen der Schüler beim Thema Daten zur Lehre dran ist. Anruf bei Joachim Gerd Ulrich, Forscher beim Bundesinstitut für Berufsbildung und

Experte auf dem Gebiet Ausbildungsmarkt-Statistik. Sind die Angaben der Arbeitsagentur falsch? »Nein«, sagt Ulrich. »Die Zahlen sind korrekt. Die Bundesagentur rechnet richtig, stellt alles richtig dar und bemüht sich sehr um Transparenz.«

Eine andere Frage sei, ob die Werte von Dritten richtig interpretiert würden. Und ob diese Interpretationen die Realität abbilden würden. »Zu sagen, nur »unversorgte Bewerber« sind ohne Ausbildungsplatz, ist definitiv zu eng«, erläutert Ulrich.

Ulrich macht klar, dass das Verständnisproblem nicht nur in Bremen, sondern auch auf Bundesebene auftauchen kann: Zum Stichtag 30. September 2016 gab es bundesweit rund 20 000 unversorgte Bewerber. Daneben seien rund 60 000 Suchende gemeldet gewesen, die in einer Alternative geparkt waren, erläutert er. Die müsste man auch immer nennen. Die Werte sind nicht geheim. Trotzdem gehen sie oft unter.

Die von den Jugendlichen geforderte Einmündungsquote sei zur Beschreibung des Marktes eine unentbehrliche Ergänzung, sagt auch Ulrich. Sie liegt für Deutschland laut Berufsbildungsbericht bei 64,7 Prozent.

Diese Position teilen längst nicht alle. »Aus unserer Sicht hat sich die Ausbildungsmarkt-Statistik des Berufsbildungsberichts im Wesentlichen bewährt«, urteilt ein Sprecher der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA). Er hält die Konzentration auf die unversorg-

*Die Jugendlichen kritisieren auch, was im Sinne der Statistik als »Bewerber« zählt.*

ten Bewerber für richtig. Sein Argument: Die Bewerber mit einer Alternative hätten eben eine Alternative.

Die von den Schülern geforderte Nennung der sogenannten Einmündungsquote sieht die BDA kritisch. Da sei die Aussagekraft zu hinterfragen. »Nicht jeder, der nicht in einen Ausbildungsplatz eingemündet ist, sucht noch aktiv nach einem Ausbildungsplatz«, sagt der Sprecher. Und zum Thema Reife heißt es: »Man muss doch realistisch einschätzen, ob jemand eine Ausbildung schaffen kann. Wenn nicht, sollte er auch nicht als Bewerber geführt werden.«

Unterstützung erhält die BDA vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag DIHK. »Man sollte sich wirklich auf die unversorgten Bewerber konzentrieren«, sagt Markus Kiss. Statistiken seien nie ein genaues Abbild der Realität.

Bei der Bundesagentur für Arbeit selbst ist das Bild gemischt. Deutschlandweit wurden im November 2016 in der Pressemitteilung alle Zahlen genannt: unversorgte Bewerber, Leute mit Alternative und Einmündungsquote. Die Agenturen in den einzelnen Bundesländern wählten zum selben Zeitpunkt in ihren Pressemitteilungen unterschiedliche Wege. Sechs Agenturen nannten die Einmündungsquote – die anderen nicht. Nach Angaben der Zentrale in Nürnberg liegt die Entscheidung vor Ort. Vorgaben gebe es nicht.

Die Schüler in Bremen sind über die Darstellung jedenfalls weiter enttäuscht. »Wir würden uns wünschen, dass die Statistik deutlich macht, wer einen Ausbildungsplatz hat und wer nicht«, sagt Scheibel.

Eine Forderung, die zumindest in Bremen mittlerweile prominente Unterstützer fand. Im Mai 2016 beschloss die Bürgerschaft, dass die rotgrüne Landesregierung die Entwicklungen auf dem regionalen Ausbildungsmarkt künftig transparent darstellen solle. Trotzdem kamen allerdings im November die Zahlen der Arbeitsagentur in alter Manier heraus.

Die Regierungspartner Grüne und SPD haben nun einen Antrag in der Bürgerschaft eingebracht, in dem sie von der Landesregierung als letzten Schritt eine Bundesratsinitiative fordern. Die Statistik müsse im ganzen Land geändert werden, um aussagefähige Daten zu erhalten. Nur so gebe es mehr Transparenz. dpa/nd



Engagierter Pensionär: der langjährige Lehrer Hans-Wolfram Stein

Foto: dpa/Jaspersen